

# Widerstand gegen Fleischwerk

Geplante Groß-Produktion der Edeka in Rheinstetten stößt bei Bürgern und Politikern auf Kritik

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN  
WINFRIED HECK

Der Widerstand gegen die von Edeka in Rheinstetten geplante Fleischfabrik nimmt weiter zu. Insbesondere aus Karlsruhe mehren sich die Stimmen, die den geplanten Standort östlich der Neuen Messe Karlsruhe als falsch ablehnen oder zumindest kritisch sehen. Nach einer Interessengemeinschaft »Die Bürger von Karlsruhe«, die sich vor allem aus Bewohnern der angrenzenden Stadtteile Grünwinkel, Heidenstückersiedlung und Oberreut zusammensetzen, haben sich inzwischen auch mit der CDU, der SPD, den Grünen und der Karlsruher Liste fast alle im Gemeinderat der Stadt vertretenen Fraktionen kritisch geäußert. Massiver Widerstand kommt aber auch aus Rheinstettens am Bahnhof gelegenen Stadtteil Silberstreifen, der vom zusätzlichen Verkehrsaufkommen besonders stark betroffen wäre.

Wie berichtet plant Edeka Südwest für rund 80 Millionen Euro auf dem Gelände der ehemaligen Schweinezuchtanstalt eine Fleischfabrik zu bauen, in der möglichst schon ab 2010 bis zu 600 Menschen täglich rund 400 Tonnen Wurst- und Fleischwaren produzieren sollen. Mit dem Bau des Fleischwerks soll noch in diesem Jahr begonnen werden. Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) befürwortet die Investition. Gegner des Projekts sprechen jedoch von einem ungeeigneten Standort am Rande der Stadt, mitten in einem Naherholungsgebiet. Befürchtet werden erhebliche Geruchs- und Verkehrsbelastungen. Dem ist Edeka inzwischen zwar mehrfach – auch bei Bürgerversammlungen – entgegengetreten, doch bisher ohne spürbaren Erfolg.

## SPD fordert Gutachten

Zumindest seitens des Regionalverbands gibt es jedoch Ent-



Wiener Würstchen am laufenden Band sollen ab 2010 im Edeka-Fleischwerk in Rheinstetten hergestellt werden. Das bedeutet auch das Aus für die bisher in Offenburg (Bild) angesiedelte Produktion von Fleisch- und Wurstwaren.

Archivfoto: Stephan Hund

warnung. »Aus Sicht der Verwaltung gibt es wenig Einwände«, bestätigt Verbandsdirektor Gerd Hager. Das fragliche Gelände liege entgegen den Behauptungen mancher Projektgegner weder in einer Grünzäsur, noch werde hochwertiges Ackergelände bebaut. Lediglich die schutzbedürftigen Bereiche »Naherholung« und »Waldrand« seien indirekt betroffen, diese Konflikte seien jedoch lösbar. Eine Änderung des Regionalplans sei aus Verwaltungssicht demnach nicht nötig.

Doch das Votum des Regionalverbands hat in diesem Zusammenhang ohnehin nur eine untergeordnete Bedeutung, der Schlüssel über Genehmigung oder Ablehnung liegt eindeutig bei der Stadt Karlsruhe, denn diese kann gegen die nötige Änderung des Flächennutzungsplans im Nachbarschaftsver-

band ganz einfach ihr Veto einlegen und damit wäre das Projekt gestorben. Was bisher in Karlsruhe aber unüblich ist, Planungen der Partner werden in der Regel durchgewinkt.

Doch diesmal fordert selbst die Karlsruher CDU mehrere Gutachten, mit denen nachgewiesen werden soll, dass von der Fleischfabrik keine unzumutbaren Verkehrs-, Lärm- und Geruchsbelästigungen ausgehen. Auch die Abwasserentsorgung müsse zufriedenstellend gelöst werden. Schon im Planungsausschuss der Stadt hatte es deshalb eine mehrheitliche Ablehnung des Vorhabens gegeben.

## Grundsätzlich positiv

Größere Bedenken haben die Grünen und die Karlsruher Liste, aber auch die SPD. Deren Landtagsabgeordneter Johannes Stober sowie die Grünen-

Abgeordneten Gisela Splett und Renate Rastätter fordern vom Land außerdem, dass die von Edeka benötigten 20 Hektar Fläche zu marktüblichen Preisen verkauft werden müssten. Von rund 100 Euro je Quadratmeter ist dabei die Rede, offensichtlich deutlich mehr, als das Land bisher verlangen will. Dies könnte als unerlaubte Subvention ausgelegt werden. Auch wird von den Grünen und der SPD der enorme Flächenverbrauch als kritisch angesehen. Insgesamt begrüßt Stober jedoch die Ansiedlung der Fleischfabrik in der Region und lobt Edeka wegen seiner Firmenphilosophie. Auch die Karlsruher CDU steht dem Vorhaben grundsätzlich positiv gegenüber – sofern die Sorgen der Bürger ernst genommen werden. Genau hier könnte – ein Jahr vor den Kommunalwahlen – aber der Knackpunkt liegen.